

Parteien)? Wie ist die Unparteilichkeit der UNO sinnvollerweise zu verstehen – und auszugestalten? Wie steht es mit der Anwendung von Gewalt bei der humanitären Intervention? Wie mit der politischen und militärischen Kommando-Gewalt multinationaler Truppen und mit deren Zusammensetzung? Und wie mit den Entscheidungsverfahren im Sicherheitsrat bei Entscheidungen über humanitäre Interventionen? Wesentliche Aspekte werden jeweils kritisch erwogen und im Lichte der ethischen Grundprinzipien des geltenden Völkerrechts interpretiert bzw. aufgezeigt, in welche Richtung es zu entwickeln wäre. Abschließend wird die Frage der nicht durch den Sicherheitsrat autorisierten humanitären Intervention behandelt. Sie wird im Ergebnis ethisch und auch juristisch nach geltendem Recht abgelehnt. Auch die Kosovo-Intervention der NATO war illegal, wenngleich, so Lepard, moralisch gerechtfertigt, jedoch nicht in allen ihrer Mittel: Bodentruppen wären anstelle des Luftkrieges geboten gewesen - doch politisch bekanntlich nicht durchsetzbar. Dies zeigt die Grenzen von Lepards Argumentation: Oft kann er sinnvoll Entscheidungen zwischen konfligierenden Rechtsgrundsätzen ethisch begründen. Nicht immer überraschen diese Entscheidungen, und es führen wohl auch andere interpretative Wege dahin als der von Lepard gewählte (was ja nicht schlimm ist). Eine möglicherweise die heutige Lage kennzeichnende Kluft zwischen dem moralisch Gebotenen und dem völkerrechtlich Erlaubten oder zwischen letzterem und dem faktischen Handeln zentraler Akteure ist damit jedoch noch nicht geschlossen. Dennoch wird der Vorzug der bewussten Bezugnahme auf ethische Prinzipien in der Rechtsauslegung, wo sie geboten erscheint, deutlich. Lepard versucht darüber hinaus aufzuzeigen, dass diese ethischen Grundsätze in allen Weltreligionen wohl fundiert sind. Das heißt natürlich noch nicht, dass politische Akteure diesen Überlegungen gemäß handeln werden. Beides, Chancen und Probleme der Akzeptanz seiner Position durch Fachkollegen und politische Akteure, diskutiert Lepard im Schlusskapitel und ist dabei verhalten optimistisch. Es wäre ihm – und uns – zu wünschen, dass er damit recht behielte. Sich selbst und Studierende mit diesem interessanten Ansatz vertraut zu machen, könnte ein erster, fachlicher, Schritt dahin sein. Einschlägig arbeitenden Rechts-, Politik- und Religions-Wissenschaftlern sei dieser Schritt ebenso empfohlen wie an Fragen internationaler Ethik Interessierten.

Martin List, Hagen

Linda Helfrich-Bernal

Kolumbien: Wahlen und Parteien im Gewaltkonflikt

Vervuert Verlag, Frankfurt am Main, 2002, 555 S., € 45,00

Studien zur politischen Willensbildung und zum Wahlmodus in den lateinamerikanischen Staaten dürfen derzeit mit einer erhöhten Aufmerksamkeit rechnen. Dies gilt fachübergrei-

fend ebenso für historische wie für rechtsvergleichende und politologische Untersuchungen. Begünstigt wird dieser Umstand durch die jüngere politische Entwicklung in Übersee: Die meisten Staaten haben nach dem Rückzug der verbliebenen Militärs aus den Regierungen einen letztlich doch erfolgreichen Systemwechsel vollzogen. Zugleich hat sich auch wissenschaftlich die Aufmerksamkeit, die lange Zeit vor allem autoritären Traditionen und dominanten Führungspersonen galt, auf die Herausbildung demokratischer Institutionen verlagert. Hinzu mögen weltwirtschaftliche Veränderungen kommen, die Lateinamerika seit Ende der achtziger Jahre nicht nur einem verstärkten Konkurrenzdruck aussetzen, sondern auch das Bewusstsein für die in der westlichen Welt gemeinsam zu beantwortenden rechtlichen wie politischen Fragestellungen geschärft haben. Vor diesem Hintergrund ist es gerechtfertigt, Wahlforschung und politische Repräsentation in Lateinamerika gemeinsam als ein (relativ) neues Forschungsfeld zu behandeln (*Peer Schmidt*, Wahlen und Parlamente in Lateinamerika im 19. Jahrhundert, in: *Periplus. Jahrbuch für außereuropäische Geschichte* 9 [1999], S. 39 f.).

Die vorliegende Monographie, die im Jahr 1999 an der Universität Mainz als politikwissenschaftliche Dissertation angenommen wurde, leistet einen lesenswerten Beitrag zu diesem neuen Forschungsbereich. Kolumbien kann nach lateinamerikanischen Maßstäben auf eine der längsten und – jedenfalls formal – auf eine nahezu ununterbrochene demokratische Tradition verweisen. Dieser Umstand erleichtert es der Verfasserin, in ihrem historischen Überblick („Von der Kolonialzeit bis zur Krise des Regimes der Nationalen Front“, S. 87–120) die Voraussetzungen des heutigen Parteien- und Repräsentationsverständnisses bis zur Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit zurückzuverfolgen. Die hier beobachteten Phänomene zeigen sich auch in den anderen Ländern des Halbkontinents. Dies gilt besonders für den gesellschaftlich tief verwurzelten Klientelismus und die Rolle lokaler Notabeln, die sich den in Honoratiorenparteien organisierten politischen Gruppen anschließen und auf lokaler Ebene die Wählerrekrutierung übernehmen. Diese lokalen Honoratioren finden sich unter verschiedenen Bezeichnungen (*caciques*, *gamonales*, *coroneis*) in den meisten lateinamerikanischen Ländern. Am kolumbianischen Beispiel verdeutlicht die Verfasserin anschaulich das Zusammenwirken dieser lokalen Ebene mit nationalen Parteiführern, die als „natürliche Führer“ (*jefes naturales*) ihre Parteibasis zu organisieren und zu mobilisieren versuchen (S. 89 ff.).

Was die Fragestellung anbelangt („Analyserahmen“, S. 31–85), löst sich die Untersuchung von einer staatsrechtlichen Perspektive und konzentriert sich auf zwei rechtliche Teilregime, nämlich Wahlmodus und Parteiensystem, verbunden mit der Frage, ob und wie diese Regime demokratischen Anforderungen genügen. Die Verfasserin greift hierin einen neueren politikwissenschaftlichen Ansatz auf, der unterhalb der staatlichen Ebene einzelne gesellschaftliche Teilbereiche auf ihre Reformfähigkeit und -fortschritte untersuchen hilft. Das Regimekonzept hat den Vorteil, dass – freilich „mit einer Minimaldefinition der Demokratie“, wie die Verfasserin einräumt – Rückschlüsse auf einen Transformationsprozess gezogen werden können, die eine gesamtstaatliche Betrachtung womöglich nicht zuließe. Dementsprechend soll es möglich sein, umfassende Demokratisierungsprozesse auf

der Ebene eines Regimes festzustellen, ohne dass hiermit eine vollständige Demokratisierung auf staatlicher Ebene einhergehen müsse (S. 52). Dieser Ansatz ist aus staatstheoretischer Perspektive nicht ganz unproblematisch, da er den Zusammenhang zwischen staatlicher Souveränität und politischer Repräsentation vernachlässigt. Auch ist sicher anfechtbar, dass die ein „Regime“ konstituierenden Normen und Prinzipien wechseln können, ohne dass sich deshalb auch die staatlichen Strukturen ändern (S. 53). Andererseits zeugt dieser Ansatz von Pragmatismus und entlastet gerade detaillierte Feldstudien wie die vorliegende von allzu ausführlichen theoretischen Erwägungen. Die Verfasserin ist sich dieser Ambivalenz durchaus bewusst, verfolgt dann aber konsequent und gut nachvollziehbar den einmal gewählten Ansatz. Sie legt zunächst die rechtlichen und politischen Ausgangsbedingungen in Kolumbien dar, ohne die jene einzelnen Teilregime nicht beurteilt werden können („Der desmonte der Nationalen Front und die Institutionalisierung reformierter Teilregime“, S. 121–169). In diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben ist ein Paradigmenwechsel in der neuen Verfassung von 1991: Sie eröffnet ausdrücklich im Unterschied zur Verfassung von 1886 die Gründung neuer Parteien und Bewegungen, denen die Teilnahme an Wahlen „ohne jede Beschränkung“ offen stehe (Art. 40 Abs. 1 Nr. 3; ferner Art. 107 Abs. 1 CP). Die doppelte Erwähnung einerseits als „Grundrecht“ im 2. Titel der Verfassung („Über die Rechte, Garantien und Pflichten“) und andererseits im 4. Titel („Über die demokratische Teilhabe“) soll diesen Paradigmenwechsel unterstreichen und ihn doppelt „verfassungsfest“ machen. Allerdings zeigt sich darin auch ein gewisser Zweifel der Verfassungsväter, dass ihre Vorgaben tatsächlich eine entsprechende Umsetzung finden.

In ihrem Hauptteil wendet sich die Untersuchung detailliert den Bestimmungsfaktoren des nationalen, regionalen sowie kommunalen Parteien- und Wahlsystems zu („Wahlen, Wahl- und Parteiensystem“, S. 171–423). Mit Blick auf die Kriterien für „demokratische Wahlen“ kommt die Verfasserin zu dem Ergebnis, dass das Wahlsystem seit Beginn des Transformationsprozesses und dem Ende der „Nationalen Front“ (1974) in mancher Hinsicht kompetitiver und das Parteiensystem pluralistischer geworden sei, wenn auch noch nicht in jeder Hinsicht von Chancengleichheit und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen die Rede sein könne (S. 450 f.). Zu den Hindernissen auf diesem Wege zählen die gewaltsamen Auseinandersetzungen in fast allen Landesteilen, die – soweit sie politisch zuzuordnen sind – im Zusammenhang mit dem „linken“ bzw. „rechten politischen Spektrum“ behandelt werden. Zutreffend weist die Verfasserin darauf hin, dass die Ursache dieser politischen Gewalt keineswegs nur darin liegt, dass inzwischen legale, vormals extremistische Gruppierungen nur unzureichend integriert seien (S. 356, 458 f.). Die Ursachen der Gewalt sind so vielschichtig, und ihre Anwendung hat sich – bis hin zu einem eigenen Epochenbegriff („La Violencia“) – als ein beinahe schon traditionell zu nennendes, jedenfalls heute so allgegenwärtiges und gebräuchliches Mittel der Auseinandersetzung eingebürgert, dass die herkömmlichen institutionellen, rechtlichen oder soziologischen Konfliktlösungsmodelle zu kurz greifen dürften.

Wer sich eingehend mit der Thematik „Wahlen und Parteien in Kolumbien“ beschäftigen möchte, vielleicht auch weiterführende, vergleichende Studien zu anderen Ländern anstellt, wird gerne auf diese gründliche und ausführliche Untersuchung zurückgreifen. Dies gilt nicht zuletzt für die Behandlung ethnischer Minderheiten (indianische, afroamerikanische Einwohner) und die zahlreichen Übersichten zum Wahlverhalten und zur politischen Orientierung der Bürger sowie zur Parteienstruktur auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene, die die Untersuchung abrunden.

Andreas Timmermann, Berlin

Gilberto Calcagnotto / Detlef Nolte (Hrsg.)

Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch

Konkurrenz und Kongruenz der Integrationsprozesse in den Amerikas

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Band 56

Vervuert, Frankfurt am Main, 2002, 281 S., € 28,00

„Das Treffen der zwölf südamerikanischen Präsidenten im August 2000 in Brasilia kann als Ergebnis einer neuen Ära der Interdependenz und Integration angesehen werden, in der sich Brasiliens führende Rolle in Südamerika konsolidiert.“ Diese Feststellung eines der Autoren (*Lohbauer*, S. 143) kennzeichnet den einen Pol dieses Tagungsbandes, der insgesamt 16 verschiedene Referate vereint. Die meisten davon weisen ebenfalls diesem Treffen eine bedeutsame Rolle zu, wenngleich sie es z.T. anders gewichten (und datieren). Der andere Pol kann mit einem Zitat gekennzeichnet werden, das die Ambivalenz der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika und der von ihnen selbst propagierten gesamtamerikanischen Freihandelszone deutlich macht: „The principal obstacle to a hemispheric free-trade area comes from Capitol Hill“ (*Perry*, zitiert bei *Schirm*, S. 255). Eine herkömmliche Rezension würden diesem facettenreichen Buch nicht gerecht, da nicht auf jedes Referat in gleicher Weise eingegangen werden kann. Stattdessen sei hier ein Leitfaden für die Lektüre gegeben; es empfiehlt sich, das Buch nicht von vorne nach hinten durchzulesen, sondern sich an den thematischen Bezügen zu orientieren.

Die Achse des Bandes bilden zwei umfangreiche Aufsätze von *Hofmeister* (S. 102-242) und *Lohbauer* (S. 143-169) über die Beziehungen zwischen Brasilien und seinen „Nachbarländern“ (nicht im Wortsinn). Diese Beiträge, die sich gegenseitig ergänzen, bieten dem Leser nach einem Rückblick auf die brasilianische Entwicklung und Politik seit der Kolonialzeit eine umfassende Darstellung der bilateralen und multilateralen Beziehungen zu den übrigen südamerikanischen Staaten. Dieser sehr detaillierte Überblick lässt deutlich werden, wie Brasilien sich erst seit den beiden letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts in